



2012/30 Ausland

<https://www.jungle.world/artikel/2012/30/ein-staat-ohne-suender-und-goetzen>

Islamisten gegen die Regierung in Mali

Ein Staat ohne Sünder und Götzen

Von **Bernhard Schmid**

Im Norden Malis ist das Bündnis zwischen Jihadisten und Tuareg-Rebellen zerbrochen. Nun sollen ausländische Soldaten gegen die Islamisten eingesetzt werden, die das Gebiet inzwischen kontrollieren.

Die einen gingen mit Sprengstoff vor, die anderen mit der Spitzhacke. Die Vorgänge in Timbuktu im Norden des Sahelstaats Mali in den vergangenen Wochen erinnern an die Sprengung der Buddha-Statuen von Bamiyan durch die afghanischen Taliban im März 2001. Im Norden von Mali zerstören radikale Islamisten für Heilige erbaute Mausoleen, die sich im Stadtgebiet oder auf dem Gelände von Moscheen befinden, da es sich in den Augen der Islamisten bei diesen um Orte der »Götzenverehrung« handelt. Gemäß ihrer Auslegung religiöser Ge- und Verbote dürfen sich Gläubige nur direkt »an Gott wenden«, nicht aber an eine vermittelnde Person.

Timbuktu gilt seit Jahrhunderten als Stadt der »333 Heiligen«. Zur Zeit des europäischen Mittelalters gab es dort eine Hochkultur, die unter anderem umfangreiche theologische und wissenschaftliche Schriften in Arabisch und Soninké – eine in der Sahelzone verbreitete Sprache, die viele Wörter mit dem Arabischen gemeinsam hat – hinterlassen hat. Die Manuskripte wurden in jüngerer Zeit ebenso wie 17 größere Mausoleen, die in der für die Region typischen Bauweise kunstvoll aus Lehm und Holz errichtet wurden, von der Unesco als »Weltkulturerbe der Menschheit« unter besonderen Schutz gestellt.

Doch im April dieses Jahres eroberten Islamisten bedeutende Teile Nordmalis. Damals rückten sie noch gemeinsam mit den säkularen, zunächst für regionale Autonomie im Staatsverband von Mali und später dann für staatliche Unabhängigkeit kämpfenden Tuareg-Rebellen der »Nationalen Befreiungsbewegung von Azawad« (MNLA) gegen Regierungstruppen aus dem Süden vor. Der im April dieses Jahres von der Rebellenallianz ausgerufene Staat »Azawad« wurde jedoch von keinem Land diplomatisch anerkannt. Die umliegenden afrikanischen Staaten befürchteten eine nicht enden wollende Kette von Konflikten, Kriegen und Bürgerkriegen, sollten die einst von den Kolonialmächten gezogenen Grenzen durch eine neue Staatsgründung verändert werden. Unterdessen zerfiel das Bündnis zwischen den Jihadisten und den Tuareg-Rebellen schnell.

Die Jihadisten errichteten im Norden Malis ein Terrorregime, vor dem viele Bewohnerinnenn und Bewohner flohen, sofern sie konnten. Um ihr Verständnis vom »islamischen Gesetz« – im Sinne der härtesten Auslegung der Sharia – zu demonstrieren, bestraften die Islamisten vielerorts Menschen, denen »sündiges Verhalten« vorgeworfen wurde, mit Peitschenhieben. Im Internet zirkuliert etwa ein Video davon, wie in Gao die Prügelstrafe an einem unverheirateten Paar, das ein Kind hat, vollstreckt wurde. In den vergangenen drei bis vier Wochen flohen die Tuareg der säkularen Rebellenbewegung MNLA aus Timbutku, Gao und zuletzt aus ihrer Hochburg Ansongo. Während der Schlacht bei Gao zwischen Jihadisten und Tuareg war der »Regierungschef« des MNLA, Bilal Ag Cherif, verletzt worden, er wurde mit einem Hubschrauber nach Ouagadougou, die Hauptstadt Burkina Fasos, ausgeflogen. Dorthin zog sich infolge mehrerer militärischer Niederlagen auch der Generalstab des MNLA zurück. Die Jihadisten sind sich untereinander aber auch nicht einig. Bei Ansar al-Din (sinngemäß: »Kämpfer der Religion«) handelt es sich um eine aus Mali stammende Bewegung, deren Ziel sich auf die Durchsetzung ihrer Interpretation der Sharia in den Grenzen des westafrikanischen Landes beschränkt. Dagegen ist »al-Qaida im islamischen Maghreb« (Aqmi) eine für weltweite Ziele kämpfende jihadistische Bewegung. Es handelt sich um etwa 400 übriggebliebene Kämpfer der in den neunziger Jahren noch Zehntausende Bewaffnete umfassenden radikalislamistischen Bewegungen in Algerien. Ihr »jihadistischer Internationalismus« resultiert auch daraus, dass ihre Mitglieder in Algerien eine Niederlage erlitten haben. Die »Bewegung für Glaubenseinheit und Jihad in Westafrika« (Mujao) ist wiederum eine Abspaltung von Aqmi, die weniger am globalen Jihad interessiert ist und eher nationale und regionale Ziele verfolgt.

Bei diesem Interessensgemenge spielt Algerien eine eher undurchsichtige Rolle. Die dortige Regierung wird verdächtigt, indirekt den Mujao zu unterstützen. Einerseits, um Aqmi zu schwächen, die als gefährlichste der Organisationen gilt; andererseits, weil die Existenz eines bewaffneten Konflikts in der nördlichen Sahelzone eine eigene politische, polizeiliche oder sogar militärische Präsenz in der südlich angrenzenden Nachbarregion rechtfertigen soll. Fest steht, dass am 6. Juli eine Delegation des Mujao offiziell in Algier empfangen wurde. Ihr ging Ende Juni eine Delegation von Ansar al-Din voraus. Gleichzeitig fanden in den vergangenen Monaten in der algerischen Hauptstadt wiederholt regionale »Sicherheitskonferenzen« für die Sahelzone und »antiterroristische« Tagungen statt. In Konkurrenz zu Algeriens Interessen stehen Pläne der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (Ecowas). Diese bereitet sich darauf vor, mit voraussichtlich 3 000 Soldaten im Norden Malis zu intervenieren, um die dort nach wie vor herrschende und inzwischen von den Islamisten kontrollierte Rebellion einzudämmen. Als Bedingung dafür fordert sie von der derzeitigen Regierung in Südmali allerdings, bis Ende Juli eine »nationale Einheitsregierung« zu schaffen. In Südmali herrschen seit Monaten unklare politische Verhältnisse, nachdem am 22. März der damalige Präsident Amadou Toumani Touré einen Monat vor Ablauf seiner Amtszeit durch einen Putsch junger Militärangehöriger entmachtet wurde. Die damals gebildete Militärregierung verfügte über die Unterstützung relevanter Teile der Bevölkerung, bei denen sich eine Art populärer Nationalismus Ausdruck verschaffte. Dessen Anhängerinnen und Anhänger warfen der vormaligen Regierung vor, die »Söhne« Malis schlecht vorbereitet und unzureichend bewaffnet »im Norden zu verheizen«. Inzwischen hat die Militärregierung sich eine zivile

Fassade verliehen. Der für ein Jahr ernannte Übergangspräsident Dioucounda Traoré wurde allerdings am 23. Mai von nationalistischen Jugendliche beinahe gelyncht und zur Behandlung seiner Verletzungen nach Paris ausgeflogen. Dort befindet er sich bis noch immer. Der amtierende zivile Ministerpräsident Cheikh Modibo Diarra wiederum ist relativ machtlos.

Die Forderungen der Ecowas zielen darauf ab, eine stabilere und auf einen größeren Teil der Gesellschaft gestützte Regierung zu bilden. Außerdem möchten die Mitgliedsstaaten, dass eine neue Regierung mit genügend Rückhalt ausgestattet wird, um mit den Tuareg-Rebellen zu verhandeln und dem derzeit in die Defensive gedrängten MNLA eine mehr oder minder weitreichende Autonomie für Nordmali anzubieten. Das Hauptziel ist, längerfristig für Stabilität zu sorgen.

In der Bevölkerung Südmalis werden deswegen Vorwürfe laut, die Ecowas verletze die nationale Souveränität des Landes durch ihre Einmischung und wolle durch Autonomiepläne für den Norden die Spaltung des Landes zementieren. Ferner wird die Ecowas als eine Art Erfüllungsgehilfin Frankreichs dargestellt. Denn die französische Regierung unterstützt mit formaler Distanz diese Pläne. Am 12. Juli zitierte die Pariser Zeitung Le Figaro den französischen Außenminister Laurent Fabius mit den Worten: »Früher oder später« sei »die Anwendung von militärischer Gewalt wahrscheinlich«. Aber, so fügte er hinzu, »aus offensichtlichen Gründen kann Frankreich dabei nicht in der ersten Reihe stehen«.